Zum Thema: Was ist eine escritura?

Um es kurz zu sagen – eine Eintragung beim zuständigen Katasteramt, die Sie als Eigentümer von Immobilienbesitz auf spanischem Grund und Boden ausweist. Eine gute Sache, so eine ‚escritura' zu haben, und eine noch bessere, sie sich bald zu beschaffen – auf sicherem Wege. Nämlich: über ‚integra'.

integra bietet Ihnen an den schönsten Plätzen der spanischen Mittelmeerküste Eigenheime und Luxus-Appartementwohnungen als Ferien- und Ruhesitze, anderthalb Flugstunden von Frankfurt/Main entfernt.

Aber nicht nur das:

Sicherheit:
Sie zahlen ausschließlich an das Anderkonto einer Frankfurter Notar- und Anwaltskanzlei, die auch die Vorverträge auf Ihren Wunsch beurkundet.

Service:
während Ihres Aufenthaltes in den von uns angebotenen Urbanisationen, bei denen Sie nichts entbehren.

Leistung:
unsere spanische Partnergruppe hat Erfahrung, denn seit 1957 erschließt sie Land und baut Bungalows, Appartements, Hotels und Wohnhäuser. Dort wohnen nicht nur Deutsche, auch unsere spanischen Aufsichtsräte sind dort Ihre Nachbarn.

Wir sind keine Kommissionäre; sondern die Alleinrepräsentanz einer kapitalkräftigen spanischen Erschließungs- und Bauindustriegruppe, die voll für unsere Verträge – und Ihr Eigentum – bürgt.

Sicherheit
Service
Leistung
integra gmbh

Internationale Immobilien
Frankfurt/M., Am Roßmarkt 17
Tel. Sa.-Nr. 294031

Ein 3-Zimmer-Bungalow mit 250 qm Grundstück kostet DM 44.900,– Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Nehmen Sie teil an unserer nächsten Flugreise – Schutzgebühr DM 250,– für Sie und Ihre Gattin.

Fordern Sie bald unsere ausführlichen Unterlagen an. Sie werden Ihnen schnell und unverbindlich zugestellt.

INTEGRA GmbH Intern. Immob.
6 Frankfurt/M. · Am Roßmarkt 17
Telefon Sa.-Nr. 0611/294031 S
Name: .....
Beruf: .....
Wohnort: .....
Straße und
Hausnummer: .....
.....

monstrieren. Der „letzte Anstoß" (Neuberger), den „General" zu liquidieren, kam am 25. Januar: Vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß sagte der Ministerialdirigent im Justizministerium, Gerhard Simon, aus, daß seit 1955 die jährlichen Berichte über vorgeschriebene Inspektionen im „Klingelpütz" vom Generalstaatsanwalt ausgeblieben seien. Haas hatte 1955 sein Amt in Köln übernommen.

Letzte Woche beschloß das Kabinett, Haas zu suspendieren, weil, so Neuberger, der Generalstaatsanwalt das Ansehen seines Amtes „sehr lädiert" habe. Überdies, so erläuterte der Minister, könne der Chefankläger bei Ermittlungen in Sachen „Klingelpütz" leicht in „Konfliktsituationen" kommen.

Ein anderer Kölner machte Karriere. Regierungsdirektor Gerhard Niedermöller, ehemals Leiter des Vollzugsamtes und mithin unmittelbar für den „Klingelpütz" verantwortlich, wurde Chef des Vollzugsamtes beim Generalstaatsanwalt in Hamm und zum Leitenden Regierungsdirektor befördert.

mit unabsehbaren Folgen" für Nordrhein-Westfalen heraufziehen. Auch die SPD erschrak.

Denn nichts fürchten die Sozialdemokraten, die seit Dezember vorigen Jahres zusammen mit der FDP das volkreichste Bundesland regieren, mehr als einen Kulturkampf. Zum erstenmal hatten bei den Landtagswahlen im Juli 1966 weite Kreise der katholischen Bevölkerung für die Roten gestimmt und ihnen dadurch zum ersten Wahlsieg verholfen. So erhielt die SPD im stark katholischen Münsterland 6,4 Prozent Stimmen mehr als bei den voraufgegangenen Wahlen, während die CDU nur 0,4 Prozent gewann.

Politische Klugheit gebot, die neugewonnenen Wähler nicht durch Streit mit Kardinal und Klerus zu verprellen. SPD-Ministerpräsident Heinz Kühn markierte in seiner Regierungserklärung daher nur das Ziel, die schon länger geplante „Hauptschule mit den Klassen fünf bis neun als eine selbständige Schulform weiterführender Bildung zu begründen" — und über-

Kardinal Jaeger, Ministerpräsident Kühn*: Für 40 Mark auf die Barrikaden

BUNDESLÄNDER

NORDRHEIN-WESTFALEN

Licht der Welt

Der Erzbischof von Paderborn, Lorenz Kardinal Jaeger, 74, brauchte Frauen und Männer mit Überzeugungskraft. Sein Generalvikariat holte sie Mitte Januar herbei — über 100 Katholiken, überwiegend Pädagogen und Geistliche. Ihr Honorar: 40 Mark und Spesenersatz. Ihr Auftrag: „in möglichst allen Gemeinden, Vereinen, Schulpflegschaftsversammlungen etc." für die Bekenntnis- und gegen die Gemeinschaftsschule zu agitieren.

Jaegers Schulreferent, der Geistliche Rat Gerhard Horstkemper, 50, feuerte die katholische Hundertschaft an: „Wir müssen auf die Barrikaden steigen." Und genau das erfüllte den Vorsitzenden des evangelischen Arbeitskreises der CDU Rheinland, Justizminister a. D. Dr. Otto Flehinghaus, mit Bedenken. Er sah bereits einen „Konfessionsstreit ging das SPD/FDP-Postulat, die aus den oberen Volksschulklassen gebildete Hauptschule „in der Regel" zur Gemeinschaftsschule umzubauen.

Doch Kühns neuer — evangelischer — Kultusminister Fritz Holthoff (SPD) sprach es aus. Kurz nach seiner Ernennung ließ er einen Interviewer wissen, die Hauptschulen sollten „von Schülern aller Konfessionen besucht" werden. Allerdings wolle man „den Eltern die Möglichkeit erhalten, die Errichtung konfessioneller Hauptschulen zu begehren".

„Mit diesen Äußerungen", so schrieb der Geistliche Rat Horstkemper wenig später an die Hochwürdigen Herren Dechanten im Erzbistum Paderborn, seien „die Intentionen der neuen Landesregierung zwar nur angedeutet", doch die Lage sei klar: Die Eltern müßten sofort mobilisiert und zur Verteidigung der Konfessionsschule eingesetzt werden.

Und allen Mitgliedern des Kulturausschusses im Düsseldorfer Landtag übersandte er eine zwölf Seiten lange Schrift, in der er beklagte, es habe „geradezu

* Bei Kühns Antrittsvisite in Paderborn; Jaeger und Kühn geben Schulkindern Autogramme.

ein Kesseltreiben gegen die Bekenntnisschule eingesetzt". Er erinnerte daran, daß es „im Dritten Reich" keine Bekenntnisschulen gegeben habe und sie auch „in der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik" nicht existierten.

Dem Regierungsargument, die selbständige Hauptschule würde die Leistungsfähigkeit der Schüler steigern, hielt der geistliche Herr entgegen: „Leistungsfähigkeit allein gewährt noch kein menschenwürdiges Leben. Leistungsfähigkeit kann man auch Menschen wie Himmler und Goebbels nicht absprechen."

Ein SPD-Mann aus dem Kulturausschuß informierte den frommen Eiferer: Himmler und Goebbels seien keineswegs in Gemeinschaftsschulen, sondern stramm katholisch erzogen worden.

Während Landesvater Kühn und Kirchenfürst Jaeger sich weislich zurückhielten, übernahm es der Chef der SPD-Landtagsfraktion Johannes Rau, 36, die Ausfälle des Jaeger-Adlatus Horstkemper zu parieren.

Rau, ehemals Leiter eines evangelischen Verlages in Wuppertal, protestierte gegen die Streitschrift des Geistlichen Rats: „Dann lieber schnelle Lösungen, die radikal sind und diesen Ungeist nicht mehr zulassen."

Das trug ihm wiederum einen „offenen Brief" Horstkempers ein, in dem der Geistliche Rat grollte, er seinerseits habe nun „einen Vorgeschmack bekommen, was vielleicht auf uns wartet, wenn Sie Ihre ‚schnellen und radikalen Lösungen' präsentieren werden".

Der SPD-Fraktionschef blieb unbeeindruckt: Nun seien „Töne ins Gespräch gekommen, bei denen wir nicht sanft bleiben können".

Rau weiß sich einig mit Kultusminister Holthoff: Beide wollen bis zum neuen Schuljahr am 1. August die Hauptschule als Gemeinschaftsschule durchsetzen. Die Bekenntnisschule (zur Zeit in Nordrhein-Westfalen: 85 Prozent) soll es nur noch als Ausnahme von der Regel geben.

Die Attacke aus Paderborn wertet Rau nicht als „Stellungnahme der katholischen Kirche, wie behauptet, sondern eines Generalvikariats". Mehr noch: Es habe ihn sogar ein katholischer Bischof wissen lassen, daß er den Querschuß aus Paderborn bedaure.

Gemäß den Regeln der psychologischen Kampfführung, die Moral des Gegners zu unterhöhlen, gibt Rau sich betont sicher: Die drei evangelischen Landeskirchen Nordrhein-Westfalens stehen hinter den schulpolitischen Plänen der Regierung Kühn; außerdem rechnet Rau „zumindest" mit der Unterstützung des evangelischen CDU-Flügels, der während der Verhandlungen über eine Große Koalition Ende vorigen Jahres „unserer Schulpolitik im Grundsatz zustimmte".

Beim Antrittsbesuch, den SPD-Regierungschef Kühn dem Kardinal Jaeger am vorletzten Freitag in Paderborn machte, kam es nicht zu einer Einigung. Kühn monierte, daß Jaegers Generalvikariat Lehrer aufgefordert habe, gegen Entgelt auf Elternversammlungen zu sprechen. Der Ministerpräsident kündigte eine „beamtenrechtliche Überprüfung" an.

Provozierend fragt Kühns Parteigenosse Rau, ob die katholische Kirche „das Licht der Welt oder das Schlußlicht der Geschichte" sein wolle.